

Kreiselternbeirat Bergstraße Der Vorstand



KEB Bergstraße - Th. Sohler, Untergasse 17, 69488 Birkenau

Postanschrift:
Thomas Sohler - KEB
Untergasse 17
69488 Birkenau

An die Vertreter:innen der lokalen Presse

E-Mail: vorstand@keb-bergstrasse.de
Web: www.keb-bergstrasse.de

Thomas Sohler, Vorsitzender
Mobil: +49 (0) 151 / 62 42 99 10
E-Mail: thomas.sohler@posteo.de

Daniela Jahn, Stellvertreterin
Mobil: +49 (0) 176 / 30764427
E-Mail: littlegoliath@aol.com

Datum 28.12.2025

Pressemitteilung

Gemeinsame PM von KEB und Kreisschülerversammlung (KSV) Bergstraße

Massive Mittelkürzungen in der Lehrkräfteausbildung stoßen auf breite Kritik

Kreiselternbeirat Bergstraße warnt vor Qualitätsverlust und Folgen für Schülerinnen und Schüler

„An der Bildung unserer Kinder wird nicht gespart – sie hat für uns in Hessen höchste Priorität. Unseren Schulen geben wir einen verlässlichen Rahmen und bleiben für unsere Lehrkräfte ein attraktiver Arbeitgeber“, so die Worte von Kultusminister Armin Schwarz in dessen Pressemitteilung vom 13.11.25 zum Haushalt 2026. Demnach steigt der Haushalt gegenüber dem Vorjahr um 400 Mio €. Mit keinem Wort geht das Ministerium allerdings auf die erheblichen Mittelkürzungen ein, die in der Lehrkräfteausbildung eingespart werden sollen.

Der Kreiselternbeirat Bergstraße hatte am 27. November 2025 zum „Tag der Schulgemeinschaften“ ins Lessing-Gymnasium Lampertheim eingeladen. Neben dem intensiven Austausch zu Themen wie Elternmitwirkung und Schülerbeförderung stand an diesem Abend ein Punkt besonders im Fokus: die von der Hessischen Landesregierung geplanten **massiven Mittelkürzungen in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung**, dem sogenannten Vorbereitungsdienst (Referendariat).

Hierzu berichtete **Dr. Daniela Schipke**, Vorsitzende des Personalrats am Studienseminar für Gymnasien Heppenheim, detailliert über die aktuellen Planungen des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB). Vorgesehen sind Kürzungen in Höhe von **45 Millionen Euro**, die unmittelbar die Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer betreffen sollen.

Geplante Einschnitte in der Übersicht:

Nach Darstellung von Frau Dr. Schipke umfassen die geplanten Maßnahmen unter anderem:

- die **Verkürzung des Referendariats von 21 auf 18 Monate**,
- den **Wegfall der bisherigen dreimonatigen Hospitations- und Einführungsphase**,
- eine **Reduzierung der Unterrichtsbesuche** sowie der wöchentlichen Ausbildungsstunden,
- einen **Einstellungs- und Beförderungsstopp** in der Lehrkräfteakademie,
- mögliche **Zusammenlegungen von Studienseminaren** sowie die **Schließung von Fortbildungsstätten**.

Diese Kürzungen sollen schrittweise greifen. Bereits ab **Februar 2026** ist geplant, die den Studienseminaren zur Verfügung stehenden Ausbildungsstunden pro Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV) zu reduzieren – und zwar nicht nur für neue Jahrgänge, sondern für **alle derzeit im System befindlichen LiV**.

Sparen ohne Konzept?

Besonders kritisch bewertete Frau Dr. Schipke, dass diese tiefgreifenden Einschnitte bislang **ohne ein tragfähiges Gesamtkonzept** erfolgen sollen. Nach ihren Ausführungen wurden Gesprächsangebote der Studienseminarleitungen und der Personalräte seit mehr als sechs Monaten vom Ministerium nicht aufgegriffen. Auch die Bemühungen des Hauptpersonalrats, im Rahmen seiner Mitbestimmungsrechte Klärung herbeizuführen, seien Anfang Dezember gescheitert. Die Maßnahmen würden nun per Ministerentscheidung umgesetzt – **ohne abgestimmte Planung und ohne belastbare Antworten auf die absehbaren Folgen**.

Perspektivisch soll zudem der Vorbereitungsdienst insgesamt von 21 auf 18 Monate verkürzt werden. Diese Änderung erfordert eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen und wird daher erst in naher Zukunft greifen. Zur Diskussion steht dabei insbesondere die **Streichung der dreimonatigen Einführungsphase**, in der LiV bislang hospitieren, Unterricht planen und unter Anleitung erste Schritte im Schulalltag gehen konnten. Künftig müssten sie – so die derzeitigen Überlegungen – **vom ersten Tag an eigenständig unterrichten**, ohne diese wichtige Eingewöhnungs- und Orientierungsphase. Parallel dazu sollen ausgerechnet die für Beratung und Qualitätssicherung zentralen Unterrichtsbesuche weiter reduziert werden.

Warum diese Praxisphase so entscheidend ist

Wie wichtig diese Praxisphase für angehende Lehrkräfte ist, wurde im weiteren Verlauf des Abends eindrucksvoll deutlich. Frau Dr. Schipke erinnerte daran, dass der erste, universitäre Teil der Lehrkräfteausbildung – insbesondere in vielen MINT-Fächern – **kaum pädagogische oder didaktische Praxis vermittelt**. Das Referendariat sei daher nicht nur formaler Ausbildungsschritt, sondern der Ort, an dem das eigentliche „Handwerkszeug“ des Lehrberufs erlernt werde: Klassenführung, Unterrichtsplanung, Umgang mit heterogenen Lerngruppen, Elterngespräche und schulische Zusammenarbeit.

Breite Unterstützung aus dem Publikum

Die Ausführungen von Frau Dr. Schipke lösten eine **lebendige und engagierte Diskussion** aus, an der sich Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern gleichermaßen beteiligten. Die vorgetragenen Sorgen wurden aus unterschiedlichen Perspektiven untermauert:

- Eine anwesende Schulleiterin, die selbst seit vielen Jahren Lehrkräfte ausbildet, bestätigte, dass eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes für die meisten LiV **kontraproduktiv** sei. Gerade die Hospitationsphase ermögliche es, Unterricht „von der Pike auf“ kennenzulernen und Sicherheit zu gewinnen.
- Mehrere Lehrkräfte berichteten aus eigener Erfahrung, wie unverzichtbar die begleitete Einstiegsphase gewesen sei. Erst durch Hospitationen und Unterrichtsbesuche bei erfahrenen Kolleginnen und Kollegen habe man gelernt, Theorie und Praxis sinnvoll zu verbinden.
- Viele Eltern zeigten sich überrascht und irritiert. Gerade vor dem Hintergrund des bestehenden Lehrkräftemangels und politischer Ankündigungen, Bildung stärken und mehr Lehrkräfte gewinnen zu wollen, erscheine es widersprüchlich, **ausgerechnet bei der Qualität der Ausbildung zu sparen**.

Blick über die Landesgrenzen

Ein Vergleich mit anderen Bundesländern verdeutlicht aus Sicht des Kreiselternbeirats die Risiken der hessischen Pläne. Während **Bayern** – gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen – weiterhin an **24 Monaten Referendariat** festhält, hat **Rheinland-Pfalz** den Vorbereitungsdienst bereits auf 18 Monate verkürzt. Dort ist nach übereinstimmenden Berichten die **Abbrecherquote im Referendariat signifikant gestiegen** – ein Warnsignal, das nicht ignoriert werden sollte.

Sorge um die Zukunft der Schulen

Frau Dr. Schipke machte abschließend deutlich, dass die geplanten Einschnitte nicht nur die Ausbildung der jungen Lehrkräfte betreffen. Sie hätten **unmittelbare Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts** und damit auf die **Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler**. Ein überforderter Einstieg in den Beruf erhöhe das Risiko von Abbrüchen, Burnout und frühzeitigen Berufswechseln – mit langfristigen Folgen für das gesamte Schulsystem.

Der Kreiselternbeirat und die Kreisschülerversammlung Bergstraße teilen diese Sorgen ausdrücklich. Sie sehen die geplanten Kürzungen als **falsches Signal** in einer Zeit, in der Schulen Stabilität, Qualität und gut ausgebildete Lehrkräfte mehr denn je benötigen. KEB und KSV kündigen an, dieses Thema weiterhin aufmerksam zu begleiten und den **Dialog zwischen Eltern, Schülern, Schulen, Ausbildungseinrichtungen und politisch Verantwortlichen** aktiv einzufordern.

Abschließend appellieren der Kreiselternbeirat und die Kreisschülerversammlung an die Landesregierung, die geplanten Maßnahmen kritisch zu überprüfen, den Austausch mit den Fachgremien wieder aufzunehmen

und **nicht kurzfristige Sparzwänge**, sondern die **langfristige Qualität von Bildung** in den Mittelpunkt zu stellen.

- **Weitere Infos KEB-Homepage | Kurzlink: <http://x-qr.net/1eAQ>**

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Sohler
Vorsitzender Kreiselternbeirat Bergstraße
0151/62429910
vorstand@keb-bergstrasse.de

Henning Clever
Kreisschulsprecher
Vorsitzender Kreisschülerversammlung Bergstraße
mail@henning-clever.de